

V0747/24

Geplantes Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt:
Zustimmung zum Standort im Landkreis Pfaffenhofen und Absichtserklärung zur Bildung
eines Zweckverbandes
(Referent: Herr Grandmontagne)

Antrag:

1. Der Auswertung und Einordnung der eingegangenen Bewerbungen der Gemeinden Baar-Ebenhausen und Manching zum Auswahlverfahren zur Standortentscheidung für das geplante Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird gefolgt:

Dem Standort in der Gemarkung/Gemeinde Manching, Grundstück Flurnummern 628/38, 875 und 813 (Teilfläche) mit einer nutzbaren Fläche von ca. 30.000 qm und insgesamt erreichten 28,5 von möglichen 30,0 Punkten wird zugestimmt.

2. Mit der Absicht, für die Neugründung und den Betrieb des geplanten Gymnasiums auf dem Gebiet des Landkreises Pfaffenhofen einen Zweckverband nach Art. 17 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) mit dem Landkreis Pfaffenhofen zu bilden, besteht Einverständnis.

Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung
Ausschuss für Kultur und Bildung	26.11.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 26.11.2024

Herr Grandmontagne führt eingangs in die Thematik ein. Durch die steigende Zahl an Gymnasiasten müsse man sich überlegen, wie man damit umgehen wolle. Derzeit laufe das zweite Jahr, in dem Schüler aus den Landkreisen abgewiesen werden mussten. Nun gehe es um den Neubau eines 3-4 zügigen Gymnasiums im Rahmen eines Zweckverbandes mit dem Landkreis Pfaffenhofen. Für den Fall, dass die Stadt Ingolstadt sich daran beteilige, bedeute das einerseits eine Beteiligung an den Baukosten (in Verhandlung ist ein Drittel, was grob geschätzten 30 Mio. € an Baukosten entspreche) und zusätzlich Mehrbelastungen durch die anfallenden Betriebskosten pro Ingolstädter Schüler. Im vergleichbaren Fall des Zweckverbandsgymnasiums Gaimersheim beliefen sich diese pro Schüler auf ca. 2500 €. Laut Aussage der Ministerialbeauftragten sei es rein juristisch so, dass jede Gebietskörperschaft für ihre eigenen Schüler einen Gymnasialplatz vorhalten müsse. Somit müsse der Landkreis mittelfristig auch alleine ein neues Gymnasium bauen, unabhängig von der Entscheidung der Stadt. Theoretisch könnten die Ingolstädter Schüler dann trotzdem dort

hingehen und die Stadt müsse lediglich einen Gastschulbeitrag von 950 € pro Schüler bezahlen. Einem solchen Vorgehen stehe jedoch eine echte politische Zusammenarbeit in der Region gegenüber.

Stadtrat Schickel gehe davon aus, dass Ingolstadt seine eigenen Schüler durch die projektierten Maßnahmen im Stadtgebiet unterbringen könne. Dennoch tue er sich schwer, mit dem bildungspolitischen Denken an der Stadtmauer Halt zu machen. Die Region arbeite in vielen Feldern zusammen und sei aufeinander angewiesen. Er halte es deshalb für ein schwerwiegendes Signal nun das Projekt abzulehnen, auf das jahrelang hingearbeitet wurde und von Seiten der Stadt klar gewollt war. Er gibt zu bedenken, dass der Süden wachse und Ingolstadt womöglich irgendwann auch froh sei, wenn Schüler in Pfaffenhofen unterkommen könnten – und diese dann nicht abgelehnt werden. Man müsse in dieser Entscheidung wohl überlegen, ob man sich aus finanzieller Not wirklich einer zukunftsfähigen Lösung verschließen wolle. Zusammenarbeit sei besser als einmauern.

Herr Grandmontagne stellt klar, dass aus reiner Willkür keine Schüler abgewiesen werden könnten. Dies sei nur möglich, wenn die eigenen Plätze alle erschöpft seien.

Bürgermeisterin Dr. Denke-Stoll sieht den Zwiespalt zwischen der finanziellen Lage einerseits und andererseits der Tatsache, dass Ingolstadt damals den Prozess für den Zweckverband angestoßen habe.

Stadtrat Dr. Schuhmann hebt hervor, dass eine regionale Zusammenarbeit generell immer wichtiger werde und lobt die sehr gute Kooperation beim Gymnasium Gaimersheim. Er gehe davon aus, dass sich Airbus erweitern werde und dadurch auch der Ingolstädter Süden wachse. Das heißt, dass der Druck auf die städtischen Gymnasien steige. Er erinnert, dass einige Ortsteile, wie Zuchering, nah an der Landkreisgrenze liegen und Manching daher ein optimaler Standort sei. Das Vorgehen, anstelle eines Zweckverbandes lieber Gastschulbeiträge zu zahlen, sei nicht zukunftsorientiert. Trotz finanzieller Not stehe er hinter dem Projekt, sehe Nachverhandlungen zur Kostenbeteiligung aber auch für sinnvoll.

Stadtrat Reibenspieß spricht sich für ein überregionales Gymnasium aus. Er weist aber darauf hin, dass Ingolstadt seit Jahrzehnten Schüler mit Gastschulantrag aufnehme, jedoch nie eine Baukostenbeteiligung stattgefunden habe. Er möchte wissen, welchen Anspruch Ingolstadt dann tatsächlich auf die Plätze haben werde und ob diese abhängig von der Kostenbeteiligung seien.

Frau Bürkl erklärt, dass grundsätzlich verhandelt werden müsse, wie hoch die Beteiligung der Stadt an den Baukosten sei. Wie auch in Gaimersheim werde dann nach fünf Jahren geschaut, wie hoch der tatsächliche Schüleranteil sei. Je nachdem, müssten Investitionskosten nachgezahlt werden oder würden zurückerstattet.

In Anbetracht der Haushaltslage wäre ein möglichst geringer Anteil an den Baukosten wünschenswert, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Es sei sinnvoller, dass die Stadt nachträglich mehr zahle, falls nötig.

Stadträtin Hagn könne die vorgebrachten Argumente nachvollziehen. Unter dem Gesichtspunkt der Haushaltslage und der ausstehenden Bauprojekte mache eine Beteiligung jedoch aktuell keinen Sinn.

Stadträtin Leininger erklärt, dass ihre Fraktion bis vor kurzem das Projekt nie infrage gestellt habe. In der jetzigen Situation tendiere sie nun allerdings zu einem „Nein“. Natürlich dürften die regionalen Partner nicht einfach verprellt werden, deshalb bedürfe es zumindest eines flexiblen Modells, wonach die Kosten abhängig von der Schülerzahl sei. Die Zusage eines festen Kostenbeitrages sei nicht sinnvoll. 30 Millionen Euro seien in Relation zu 150 Schülern enorm viel.

Frau Bürkl erläutert, dass diese 30 % daher kommen, dass es beim Zweckverband Gymnasium Gaimersheim auch so gehandhabt wurde. Ingolstadt beteiligte sich zu 30 % an den Baukosten und nach fünf Jahren wurde abgerechnet und ausgeglichen anhand der tatsächlichen Schülerzahl. Der prozentuale Anteil im jetzigen Fall sei nur ein Vorschlag und könne noch verhandelt werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sehe einen geringen Prozentsatz als möglichen Kompromiss.

Stadtrat Dr. Schickel signalisiert – entgegen seiner eigenen Überzeugung - Ablehnung seitens der CSU-Fraktion, sofern es beim alten Vorschlag bleibt. Eine Nachverhandlung sei ein möglicher Weg, die regionale Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Er weist darauf hin, dass es im Süden bisher nur das Apian-Gymnasium gibt und nur noch wenig Puffer für steigende Schülerzahlen vorhanden sei.

Frau Wittmann-Ott antwortet, dass bei einer Erweiterung des Apians auf 6,5 Züge die Ingolstädter Bedarfe gedeckt werden könnten. Hier wäre sogar noch ein kleiner Puffer

vorhanden. Es sei zudem zu bedenken, dass sich die südlichen Grundschulen auch auf andere Ingolstädter Gymnasien verteilen.

Stadtrat Köhler sein hin- und hergerissen und würde einen Kompromissvorschlag begrüßen. Er fragt, wann das Geld überhaupt nötig sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, dass die Quote bereits bei den Planungen feststehen müsse zur Verteilung der anfallenden Kosten.

Sodann erfolgt folgende Abstimmung:

Mit allen Stimmen:

1. Der Auswertung und Einordnung der eingegangenen Bewerbungen der Gemeinden Baar-Ebenhausen und Manching zum Auswahlverfahren zur Standortentscheidung für das geplante Gymnasium Pfaffenhofen-Ingolstadt wird gefolgt:

Dem Standort in der Gemarkung/Gemeinde Manching, Grundstück Flurnummern 628/38, 875 und 813 (Teilfläche) mit einer nutzbaren Fläche von ca. 30.000 qm und insgesamt erreichten 28,5 von möglichen 30,0 Punkten wird zugestimmt.

Hinsichtlich Antragspunkt 2 schlägt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor, bis zum Stadtrat nachzuverhandeln und eine niedrigere Beteiligungsquote vorzulegen.

Frau Bürkl entgegnet, dass ein Ergebnis bis zum Stadtrat nicht möglich sei. Es hätten bisher keinerlei Verhandlungen stattgefunden. Es bräuchte zudem noch die Genehmigung des Kultusministeriums und des Finanzministeriums zum Bau eines neuen Gymnasiums. Letztendlich müsse wohl immer nach der tatsächlichen Schülerzahl bezahlt werden. In Gaimersheim würden die laufenden Betriebs- und Investitionskosten auch immer anteilig nach der Schülerzahl der letzten fünf Jahre berechnet. Sie erklärt weiter, dass sich Ingolstadt in Pfaffenhofen auch in dieser Weise beteiligen könne. Pfaffenhofener Schüler, die ein Gymnasium in Ingolstadt besuchen, würden aber aktuell nur Gastschulbeiträge zahlen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, die Vorlage zur weiteren Entscheidung in den Stadtrat zu verweisen.

Herr Grandmontagne gibt abschließend zu bedenken, dass es sich letztlich um eine freiwillige Leistung handle und man die pflichtigen Aufgaben bei den Schul- und Kitabauten und vor allem die Sanierung des Theaters dabei nicht aus dem Blick verlieren dürfe.

